

Holger Fuß

VIELLEICHT WILL DIE

SPD

**GAR NICHT,
DASS ES SIE GIBT**

Über das Ende einer Volkspartei



FBV

SPD

Holger Fuß

VIELLEICHT WILL DIE

SPD

**GAR NICHT,
DASS ES SIE GIBT**

Über das Ende einer Volkspartei

FBV

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Für Fragen und Anregungen

info@finanzbuchverlag.de

Originalausgabe, 1. Auflage 2019

© 2019 by FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH
Nymphenburger Straße 86
D-80636 München
Tel.: 089 651285-0
Fax: 089 652096

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Korrektur: Anja Hilgarth
Umschlaggestaltung: Marc-Torben Fischer
Satz: Daniel Förster, Belgern
Druck: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany

ISBN Print 978-3-95972-224-7
ISBN E-Book (PDF) 978-3-96092-417-3
ISBN E-Book (EPUB, Mobi) 978-3-96092-418-0

Weitere Informationen zum Verlag finden Sie unter

www.finanzbuchverlag.de

Beachten Sie auch unsere weiteren Verlage unter www.m-vg.de

INHALT

Einleitung	
Klimanotstand im Willy-Brandt-Haus	7
Übergang in eine neue Ära	7
Spaziergang durch die sozialdemokratische Republik Deutschland	12
 Kapitel 1	
Physiognomie einer Partei	17
Partei mit Personalproblem	17
Vom Elend der Sozialdemokratie	24
Der Urkonflikt der Genossen	28
Wie viel Widersprüchlichkeit verträgt eine Partei?	34
Partei des sozialen Aufstiegs	43
Missgunst frisst Solidarität	57
 Kapitel 2	
Die große Willkommenslüge	73
»Die Welt zu Gast bei Freunden«	73
SPD in der Merkel-Falle	83
Spaltpilz Linksliberalismus	87
Das schmutzige Familiengeheimnis der Willkommenskultur ..	97
 Kapitel 3	
Die liberale Verwahrlosung	105
Abschied von der Erdschwere	105
Rüpelrepublik Deutschland	110
Aktivismus als Gesellschaftsspiel	115
»Sonnenscheinliberalismus«	125
In Parolengewittern	131

Kapitel 4

Das Märchen von der sozialen Gerechtigkeit	137
Die kapitalistische Revolution der Linken	137
Der neoliberale Infekt der SPD	143
Rechte Themen links aneignen	150

Kapitel 5

Da geht noch was!	159
Verändern und weitermachen wie bisher	159
Bürgerversicherung: Schluss mit dem Gesundheitskapitalismus	167
Bedingungsloses Grundeinkommen: Wege aus der Angstkultur	172
Gemeinwohl-Ökonomie: Raus aus dem Kapitalismus, rein in die Marktwirtschaft	177

Ausblick

Sozialdemokratie für Mutige	185
Gelingt der SPD ein Neustart?	185
Lernen vom Nachbarland Dänemark	199
Sozialdemokratie ist nichts für Angsthassen	219

Danksagung	227
------------------	-----

Literaturverzeichnis	229
----------------------------	-----

Anmerkungen	237
-------------------	-----

EINLEITUNG KLIMANOTSTAND IM WILLY-BRANDT-HAUS

»Ob einer sich zur Sozialdemokratie bekennt oder nicht, spielt schon längst keine Rolle mehr, weil es Nicht-Sozialdemokraten bei uns gar nicht geben kann, die Gesellschaft ist per se strukturell sozialdemokratisch, und wer es nicht ist, der ist entweder im Irrenhaus oder im Ausland. Es gibt keine ernsthafte Alternative dazu.«¹

Peter Sloterdijk, 2013

Übergang in eine neue Ära

Am Sonntag, den 2. Juni 2019, war es um 9.53 Uhr so weit: Die Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gab in einer E-Mail an die Parteimitglieder ihren Rücktritt bekannt – Andrea Nahles zog sich zurück aus der Parteiführung, der Leitung der Bundestagsfraktion sowie als Parlamentsabgeordnete. Ein vollständiger Abschied aus der Politik mit Paukenschlag.

Damit endete ein weiterer Akt in einem Trauerspiel um die älteste deutsche politische Partei, ziemlich genau 156 Jahre nach ihrer Gründung als Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein in Leipzig. Die

zwischenzeitlich stolze linke Volkspartei der Nachkriegsrepublik erlebt eine Talfahrt in der Gunst der Wähler gleichsam zur Splittergruppierung. Einstweiliger Tiefststand in einer bundesweiten Abstimmung war das Wahlergebnis der Europawahl mit 15,8 Prozent der Stimmen. Davor markierten die 20,5 Prozent bei der Bundestagswahl 2017 unter Parteichef und Kanzlerkandidat Martin Schulz das bislang schlechteste Ergebnis seit 1949.

Seit zehn Jahren erreicht die Sozialdemokratie bundesweit keine 30 Prozent der Stimmen mehr. Enttäuschte SPD-Wähler laufen zu den Grünen über, zur Linkspartei, zur AfD oder sie enthalten sich der Stimme. Die Gründe für diesen Liebesentzug liegen gewiss auch in dem desolaten Eindruck, den das Binnenklima der SPD der Öffentlichkeit vermittelt. Eine Atmosphäre der Ränkespiele, des Misstrauens und der Heckenschützenattentate. Zum zweiten Mal wurde binnen kürzester Zeit der Parteichef zu Fall gebracht. Mit Andrea Nahles hat die SPD ihren 15. Vorsitzenden seit 1990 verheizt. Ein Spitzenfunktionär beschrieb die Stimmung im Willy-Brandt-Haus nach dem Nahles-Rücktritt mit den Worten: »Die Genossen haben gemeuchelt und die Mörder sind noch auf freiem Fuß.« So etwas macht eine Partei, deren Wesenskern die Solidarität sein soll, zur Lachnummer.

In der Berliner Parteizentrale sortieren sich die Genossen neu; kommissarisch hat ein Dreigestirn aus Malu Dreyer und Manuela Schwesig, Ministerpräsidentinnen in Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern, sowie Thorsten Schäfer-Gümbel, Landeschef auf Abruf in Hessen, arbeitsteilig den Bundesvorsitz übernommen.

Möglicherweise steckt in diesem Hang zur Selbstzerfleischung noch ein tieferes Moment einer Selbstverachtung, die einem Minderwertigkeitsgefühl entspringt. Die SPD ist nicht nur die Partei der sozialen Gerechtigkeit, sondern daraus resultierend die Partei des sozialen Aufstiegs. Die Wunde der Benachteiligung traditionell deklassierter Gesellschaftsschichten verheilt nur durch den Marsch in höher gelegene soziale Schichten. Daher der sozialdemokratische

Ruf nach gesellschaftlicher Durchlässigkeit. Einen klassischen Aufstieg hat Andrea Nahles hingelegt. Ihr Vater war Maurer. Seine Tochter wurde Parteichefin. Das ist Sozialdemokratie. Naturgemäß sind solche sozialen Klettertouren mit Ängsten verbunden, dem Empfinden von Unzulänglichkeit. Dies mag ein Grund sein, weshalb in der SPD die Moll-Töne überwiegen.

Über die Kulturlandschaften der Freudlosigkeit hat der Wiener Philosoph Robert Pfaller festgestellt: »Trübsinnige Leidenschaften machen ihre Träger immer äußerst unglücklich; aber zugleich lassen diese sie sich niemals wegnehmen, sondern beharren auf ihnen, als wären sie ihr kostbarster Besitz.« Auch der Neid, dieser treue Sozios des Aufstiegs, sei ein Unglück, in dem »ein Stück Glück« wohnt, »weshalb dieses Unglück nicht aufgegeben, sondern wie ein wertvoller Schatz verteidigt wird«, und »bestimmte Unterdrückte« kämpfen sogar »für ihre eigene Unterdrückung, als wäre sie ein Glück«.²

Was liegt also näher als die Vermutung, die selbstzerstörerischen Reflexe, die wir in der SPD beobachten wie in keiner zweiten Partei, seien Bestandteil eines misanthropen sozialdemokratischen Gen-Codes? Die Schandmäuler der ZDF-»heute Show« lästern bereits über die »Suizidaldemokraten«.³ Was, wenn hier eine über eineinhalb Jahrhunderte hinweg mikro-evolutionär verfeinerte Anleitung zum Unglücklichsein in der Partei-DNA rumort, kombiniert mit einer diskreten Sehnsucht nach Selbstausslöschung? Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt?

Dennoch sind die verrohten Umgangsformen in der Partei nicht die alleinige Ursache der Misere. Deshalb wollen wir nach den weiteren Gründen für den Niedergang der SPD fragen. Das Dilemma der Sozialdemokraten ist ein Spiegelbild einer Orientierungslosigkeit, unter der unser Land insgesamt leidet. Der Absturz der einstigen Volkspartei ist selbstgemacht insofern als die SPD auf die dramatischen Veränderungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten keine überzeugenden Antworten gefunden hat. Trotzdem nimmt

die Sozialdemokratie in unserer politischen Kultur eine Schlüsselposition ein. In keiner anderen Partei laufen die Problemlinien der deutschen Politik so gebündelt zusammen. In keiner anderen Partei werden aber auch die kulturellen Verwerfungen in diesem Lande so unverhüllt sichtbar.

Und in keiner anderen Partei haben sich mit solcher Fallhöhe die Führungskader vom Lebensgefühl der eigenen Basismitglieder und Wähler entfremdet. Neulich ereignete sich in einem Supermarkt eine Szene, die die Situation präzise illustriert. In einer Edeka-Niederlassung im oberfränkischen Lichtenfels zeigte eine junge Mutter an der Fleischtheke auf die Verkäuferin und sagte zu ihrem Kind: »Wenn du weiterhin nichts für die Schule lernst, dann stehst du auch mal dort hinten!«⁴ Der Filialleiter postete diesen Vorgang bei Facebook und wurde dort von den Nutzern gefeiert. Was vielfach als Arroganz der Mutter gescholten wurde, ist aber eher ein unverständlicher Ausdruck eines real existierenden Kastenwesens hierzulande, eines Neufeudalismus linksdurchtönter Besitzbürger.

Die Anekdote bringt auf pointierte Weise eine kulturelle Entwicklung der Sozialdemokratie zum Vorschein. Die traditionellen Wähler der SPD standen bis vor einiger Zeit hinter dem Fleischtresen und verkauften die Wurst. Inzwischen macht die Partei aber eine Politik für die Kundschaft aus Mittel- und Oberschicht vor der Verkaufstheke, gut verdienend, oft akademisch gebildet und politisch korrekt gesinnt. Es ist eine Klientel von sich aufgeklärt wählenden Wohlstandsspießern, zu deren Folklore es gehört, sich nach einem neuen 1968 zu sehnen, »Ausdruck eines Wunschenkens, einer Hoffnung, dass sich endlich etwas tut«.⁵ Das Gutmenschen-tum dieses privilegierten Milieus beschränkt sich indes auf Empathie für Benachteiligte wie Frauen, Homosexuelle oder Ausländer, für einheimische Unterprivilegierte hat es eher Verachtung übrig. Den gebildeten Schichten sind Kleinbürger und Proletarier mit unspektakulärer Lebensführung tendenziell verdächtig, engstirnig, rassistisch, ja barbarisch zu sein. Es sind, um im Bild zu bleiben, die

Traditionalisten hinterm Fleischtresen, die von alters her die SPD getragen haben und die sich nun von ihr abwenden, weil sozialdemokratische Politik heute an ein liberales Kulturbürgertum adressiert ist, dessen pseudoaufklärerische Luxusprobleme hinter der Theke niemanden interessieren.

Wie sehr diese liberale Grundhaltung die Gesellschaft bis in die kleinsten Verästelungen durchdrungen hat, zeigt ein weiteres Detail. Der *Spiegel* berichtete jüngst über einen neu eingerichteten Studiengang für Geheimdienst-Mitarbeiter an zwei Hochschulen in Berlin und München. Mit der Ausbildung zum »Master in Intelligence and Security Studies« wollen Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst qualifizierten Nachwuchs heranziehen. In den USA und Großbritannien sei dies schon seit Langem üblich. In Deutschland jedoch hätten die Nachrichtendienste einen schlechten Leumund, wegen der Gestapo im Nazi-Deutschland und der Stasi in der DDR. Um dies zu ändern, sei ein Hauptziel des deutschen Studiengangs, »kritische Geister hervorzubringen«, so der Ausbildungsleiter Jan-Hendrik Dietrich, Professor an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. »Wir wollen nicht zeigen, wie man besser spionieren kann. Es soll reflektierter zugehen.«⁶ Fehlt hier das Wörtchen »nur«? Sollte es heißen: »Wir wollen nicht nur zeigen, wie man besser spionieren kann«? Vermutlich nicht. Und das passt in die politische Landschaft. Anstatt dass der deutsche Agentennachwuchs von Gastdozenten aus Israel in das Betriebssystem des Mossad, des schlagkräftigsten Geheimdienstes der Welt, eingewiesen wird, wird diese Ausbildung auf die Flughöhe einer sozialdemokratischen Gesamtschule abgesenkt, in der Mathematik oder historische Kenntnisse zugunsten von Gesinnungsschulung vernachlässigt werden. Herauskommen werden in der Regel übrigens keine eigenständigen kritischen Geister, wie wir nach vier Jahrzehnten Schulreformen feststellen, sondern feinnervige Systemopportunisten, die ihr Mäntelchen nach den liberalen Fallwinden auszurichten gelernt haben.

Kurzum, die SPD ist seit fünfzig Jahren, seit Willy Brandt 1969 Kanzler wurde, in diesem Lande kulturell so tiefenwirksam, dass sie sich als Partei gewissermaßen überflüssig gemacht hat. Das Deutschland im Jahre 2019 ist eine sozialdemokratische Republik, die von einer christdemokratischen Kanzlerin seit bald eineinhalb Jahrzehnten regiert wird. Die ZDF-»heute Show« hat nicht ohne Grund gemutmaßt, dass Angela Merkel bei der jüngsten Europawahl wie selbstverständlich SPD gewählt hat.⁷ Während Linkspartei und Grüne historisch wie programmatisch als abweichlerische Splittergruppierungen gelten können, die sich von der sozialdemokratischen Zentralsonne emanzipieren, nähert sich die Merkel-CDU der SPD als eine Art Schwesterpartei an.

Spaziergang durch die sozialdemokratische Republik Deutschland

Auf unserem Rundgang wenden wir uns im ersten Kapitel der Mutterpartei unserer linksliberalen Komfortzone zu und versuchen, die Physiognomie der SPD zu umreißen. Die Atmosphäre unter der ehemaligen Vorsitzenden Andrea Nahles haben die Genossen mit den Worten kommentiert: »Die SPD hat ein Personalproblem.« Das Elend der Sozialdemokratie liegt aber woanders. Der Soziologe Ralf Dahrendorf beschrieb schon in den achtziger Jahren die Ausgelautheit der Sozialdemokratie, weil sie sich an ihrem Urkonflikt zerreibt: Es ist das Spannungsverhältnis zwischen den Utopisten und den Pragmatikern in der Partei, den Linken und den Rechten, das die Polarität der SPD bis heute kennzeichnet. Wir stellen dann die Frage, ob diese Widersprüchlichkeit nicht zugleich Teil des Erfolgsrezepts war, wie es die Beispiele Willy Brandt und Gerhard Schröder zeigen, und ob eine Volkspartei, die weite Teile der Gesellschaft ansprechen will, ohne solche Paradoxien auskommt. Zu diesen gelebten Unvereinbarkeiten gehört auch der ratlose Umgang der Partei

des sozialen Aufstiegs mit Menschen, die den sozialen Aufstieg tatsächlich schaffen. Aufsteigenwollen und Aufgestiegensein werden in der SPD als entgegengesetzte Seinskategorien behandelt. Entsprechend frisst in der Partei die Missgunst häufig genug die Solidarität. Genossen demontieren Genossen, es wird untereinander mehr intrigiert und gestritten als mit dem politischen Gegner. Die Sabotage der Kanzlerkandidatur des Martin Schulz 2017 durch die eigenen Leute ist ein beredtes Beispiel.

Im zweiten Kapitel betrachten wir den Mehltau, die politische Windstille, in der sich die SPD mit ihrer Koalitionsschwester CDU eingerichtet hat, und den Kulturkampf, den die Willkommenskultur seit 2015 entfacht hat. Eine Auseinandersetzung zwischen einer kosmopolitischen Mittel- und Oberschicht, die Nutznießer der neoliberalen Globalisierung ist, und jenen, die ihr wachsendes Unbehagen ob der Kollateralphänomene von Masseneinwanderung in Europa weder ignorieren wollen noch können. Die SPD hat sich auf die Seite der Kosmopoliten geschlagen, die sich jedoch lieber Richtung Grüne orientieren. Die Einwanderungsskeptiker, von denen viele bislang sozialdemokratisch wählten, hat die Partei vernachlässigt.

Das dritte Kapitel widmet sich der liberalen Verwahrlosung, eine kulturelle Entwicklung, die mit einer komplexen Phänomenologie auf das deutsche Urtrauma der Nachkriegszeit reagiert: den Hitler-Komplex. Auschwitz ist zur bundesdeutschen Staatsreligion geworden, die Schuldgefühle halten die Gesellschaft im Zangengriff, die Deutschen als einstige Weltmeister des Unheils versuchen sich heute als Weltmeister humanistischer Tugenden. Der Phänotypus der Politischen Korrektheit ist eine genuin sozialdemokratische Figur, sozialpsychologisch verhalten sich die Deutschen, wie wir es aus der Traumaforschung kennen: Es sind Menschen, die ihre innere Unfreiheit verdrängen.

Ähnlich zerrissen gehen wir mit der sozialen Gerechtigkeit um, um die wir uns im vierten Kapitel kümmern. Die Kehrtwende der SPD unter Gerhard Schröder zum Neoliberalismus hat der Partei

den Identitätsverlust beschert. Von der Agenda 2010 hat sich die Sozialdemokratie bis heute nicht erholt. Wir schauen uns an, wie es zu diesem Verrat am Markenkern kommen konnte und welche Vorstellungen in der Partei kursieren, um dieser Falle zu entinnen. Der junge Genosse und Vordenker Nils Heisterhagen plädiert für einen »linken Realismus«, der auf den Spagat hinausläuft, dass die SPD sich rechte Themen auf linke Weise aneignet. Nur so könne die Partei wieder mehrheitsfähig werden.

Das fünfte Kapitel untersucht, wie schwer es den politischen Eliten fällt, über das Tagesgeschäft hinauszuschauen und zukunfts-tragende Visionen zu entwickeln. Unangepasstes Querdenken wird zwar allenthalben gern beschworen, aber selten praktiziert. Und wenn sich jemand mit ungewöhnlichen Vorschlägen in die Öffentlichkeit wagt, muss er fürchten, als Querulant diskreditiert zu werden. Unter solchen Bedingungen gedeihen stromlinienförmige Mitläufer. Von den zahlreichen Konzepten über Möglichkeiten, unser Leben intelligenter, nachhaltiger und gerechter zu gestalten, beleuchten wir in aller Kürze drei Projekte, welche die SPD wieder zur gesellschaftlichen Avantgarde werden lassen könnten: Gemeinwohl-Ökonomie, Bedingungsloses Grundeinkommen, Bürgerversicherung.

Zum Schluss unseres Ausflugs in die seltsame Welt der Sozialdemokratie stellt sich die Frage: Was bedeutet eigentlich das Ende der SPD als linke Volkspartei?

Wir wollen diese Frage hier vorziehen: Seit zwanzig Jahren wurde diese Partei heruntergewirtschaftet. Die letzten beiden Vorsitzenden haben eine beeindruckende Abräumleistung vollführt, als würden sie eine Handlungsanweisung zum Ruinieren der Partei abarbeiten. An ihrer Seite stand eine Führungsclique in den obersten Gremien und hat ihre Parteichefs einschlägig gesteuert. Eine Erneuerung der Partei, die als Begriff längst zur Phrase verkommen ist, setzt das Ausmisten in der Parteizentrale voraus, das Führungspersonal muss ausgewechselt werden.

Selbstverständlich gibt es in der SPD hervorragende Leute, die eine neue Sozialdemokratie schaffen können. Allerdings sind sie der Öffentlichkeit unbekannt. Ändern können das nur die betreffenden Leute selber. Indem sie auf die Bühne drängen und sich von dem machtpolitischen Regelwerk des Partei-Establishments nicht aufhalten lassen. Dazu benötigen sie soziale Intelligenz, Gerechtigkeitsgespür und Alphonse-Qualitäten, den Willen zur Macht.

Dieses Land braucht eine neue, eine starke SPD. Das sagen sogar ihre politischen Gegner.

KAPITEL 1

PHYSIOGNOMIE EINER PARTEI

»Der SPD-Führer: ›Was glauben Sie, was ich schon alles verhütet habe!‹ – Eins hat er bestimmt nicht verhütet: sich selber.«¹

Kurt Tucholsky, Schnipsel, 1930

Partei mit Personalproblem

Der Schleudersitz des SPD-Vorsitzenden ist so attraktiv wie Fleckfieber. Als nach dem Rücktritt von Andrea Nahles ein Dreigestirn aus den Ministerpräsidentinnen Malu Dreyer (Rheinland-Pfalz), Manuela Schwesig (Mecklenburg-Vorpommern) und dem hessischen Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel sich den Bundesvorsitz für eine Übergangszeit bis zum nächsten Parteitag aufteilte, versicherte jeder von ihnen eilig: Keiner wolle sich als künftiger Bundesvorsitzender bewerben. Malu Dreyer wie Manuela Schwesig erklärten sich mit ihren Ämtern als Landeschefinnen für ausgelastet und auch Thorsten Schäfer-Gümbel beteuerte, dass er an seiner Lebensplanung festhalten und die Politik verlassen wolle. Am 1. Oktober 2019 wolle er seine neue Aufgabe als Personalvorstand bei der

Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) antreten und darauf freue er sich. An diesem Tag wird er 50 und die Entwicklungshilfe-Organisation zahlt ihm 200.000 Euro Gehalt im Jahr.² Auch ein Sozialdemokrat muss sehen, wo er bleibt.

Der Parteivorsitz bei der SPD gilt als Ehrenamt. Offiziell ist damit nichts zu verdienen. Dennoch betonte Manuela Schwesig, die Kandidaten für den Vorsitz müssten Zeit mitbringen: »Wer denkt, dass das in einem Nebenamt zu machen ist, der irrt.«³ Einen Vollzeitjob für Gotteslohn aber können sich nur wohlhabende Privatisierer und Ruheständler leisten, der Großteil der erwerbstätigen Bevölkerung wäre dadurch ausgeschlossen. Der künftige Parteichef, den die Mitglieder im Herbst 2019 nominieren und ein Parteitag im Dezember abnicken soll, wird also ausreichend bezahlt werden müssen, wenn eine Doppelspitze gekürt wird, sind sogar zwei Gehälter fällig. Ehrenamtlich konnten die Vorsitzenden in der Vergangenheit die Partei führen, weil sie oft zeitgleich im Parlament saßen und dort ihre Abgeordnetendiäten erhielten. Franz Müntefering etwa saß im Bundestag und führte zwischendurch sogar die SPD-Fraktion: »Ich fühlte mich also immer gut bezahlt.«⁴ Sigmar Gabriel führte eine zusätzliche Aufwandsentschädigung ein und kassierte neben seinen Abgeordnetengeldern von der Partei zusätzlich mindestens 7.000 Euro im Monat.⁵ Martin Schulz saß während der Kanzlerkandidatur nicht im Bundestag und wurde von der SPD bezahlt. Auf die Frage, ob er davon gut leben könne, antwortete er: »Sehr.«⁶ Andrea Nahles verdiente ihr Geld als Bundestagsabgeordnete mit einem Zuschlag als Fraktionschefin.

Aber nicht nur in finanzieller Hinsicht wird das Vorsitzenden-Amt der ältesten deutschen Partei profanisiert und wie eine gewöhnliche Stellenausschreibung behandelt. Auch das Anforderungsprofil ist im Motivationsdeutsch von Headhuntern gehalten: »Das Amt macht Spaß, ist aber herausfordernd«, so Manuela Schwesig. Wichtig sei: »Lust auf dieses Amt, das ist kein Restposten.« Die Kandidaten müssten »Leute sein, die es wollen.« Und Malu Dreyer

fügte hinzu: »Sehr wichtig ist, in der Lage zu sein, die Partei programmatisch nach vorne zu bringen, dass man Freude daran hat.« Aus ihrer eigenen Erfahrung wisse sie: »Am Ende braucht man auch ein Stück Härte.«⁷ Spaß, Herausforderung, wollen, programmatisch, Lust, Freude, Härte. Selten wurde ein Führungsposten in diesem Lande auf so klägliche und beliebige Weise feilgeboten.

Die SPD scheint zu ahnen, dass ihre Granden seit vielen Jahren in einer Richtung unterwegs sind, die sie unweigerlich auf das Europawahlergebnis zusteuern ließ: 15,8 Prozent. Die nachfolgenden Umfragen weisen weiter stetig abwärts. Das ist nicht allein das Werk der zurückgetretenen Parteichefin Andrea Nahles, aber eben auch ihres. Sie bewegte sich in den Parteistrukturen wie ein Fisch im Wasser, sie machte Politik in den Gremien, in ihnen ist sie großgeworden und hat es bis ganz nach oben geschafft. Aber wenn sie in der Öffentlichkeit auftrat, vermochte sie niemanden mitzureißen. Stattdessen erwarb sie sich einen Ruf als Königin der Peinlichkeiten.

Die Tochter eines Maurermeisters aus der Vulkaneifel studierte Politik und Germanistik und untersuchte emotionale Ausnahmezustände bereits in ihrer Magisterarbeit über »Die Funktion der Katastrophen im Serien-Liebesroman«. ⁸ Unvergessen der Ausspruch der burschikosen Frau kurz nach der Bundestagswahl am 27. September 2017, nachdem sie zur SPD-Fraktionsvorsitzenden, mithin vermeintlich zur Oppositionsführerin, gewählt worden war und aus dem Bundeskabinett ausschied, vor den TV-Kameras: Sie fühle sich »ein bisschen wehmütig – und ab morgen kriegen sie in die Fresse!«⁹

Schon 2013 garnierte sie am Rednerpult des Bundestages ihre Vorwürfe an die Bundesregierung mit dem Gesang der Pippi-Langstrumpf-Liedzeilen: »Ich mach' mir die Welt, widde widde wie sie mir gefällt!« Auf dem SPD-Bundesparteitag am 7. Dezember 2017 donnerte sie den Delegierten zu den Sondierungsgesprächen mit der Union zur Regierungsbildung entgegen: »Die SPD wird gebraucht. Bätschi, sage ich da nur. Und das wird ganz schön teuer. Bätschi, sage ich da nur.«¹⁰

Bei ihrem Auftritt auf der Internetkonferenz re:publica im Mai 2017 gesellte sich zum üblichen Ausraster noch sachliche Unkenntnis. Zum Bedingungslosen Grundeinkommen sagte Nahles dort: »Ich will es nicht haben! Ich will auch kein Geld von meinem Ehemann. Ich will auch kein Geld von meinen Eltern. Ich will auch kein Geld von meinem Staat. Es widerstrebt mir! Es gibt etwas ganz Grundsätzliches, was mich daran stört. Ich möchte unabhängig sein.«

Offensichtlich fühlte die damalige, durch Steuergeld alimentierte Bundesarbeitsministerin sich unabhängig genug, um nicht einmal die konzeptionellen Eckdaten eines Grundeinkommens zur Kenntnis zu nehmen. Lieber polterte sie weiter: »Ich glaube einfach schlicht und ergreifend an Ihre verkackte Grundthese nicht. Das Ende der Arbeit. Ich glaube überhaupt nicht an das Ende der Lohn- und Erwerbsarbeit. Das halte ich für Quatsch.«¹¹ Das ist auch Quatsch, denn um das Ende der Arbeit geht es beim Bedingungslosen Grundeinkommen gar nicht. Dazu mehr im fünften Kapitel.

War es verwunderlich, dass sich die Genossen zwischenzeitlich fragten, »ob Nahles eigentlich die Richtige ist, um die SPD aus der schwersten Krise ihrer Geschichte zu führen«,¹² wie der *Spiegel* berichtete? Als Nachfolgerin des glücklosen Martin Schulz war Andrea Nahles am 22. April 2018 zur SPD-Chefin gewählt worden. Betraut mit der Himmelfahrtsmission, die Partei zu retten. Dass ihr dies gelingen könnte, davon waren in den letzten Monaten in der SPD immer weniger Mitglieder überzeugt. Anfang Februar 2019 platzte sogar dem 74-jährigen Altkanzler Gerhard Schröder der Kragen. In einem Interview mit dem *Spiegel* tadelte er die Parteivorsitzende ob ihrer flapsigen Wortwahl. »Das sind Amateurfehler«, sagte Schröder über Formulierungen wie »Bätschi«. Gewiss, »sie war damals noch nicht Vorsitzende, aber so drückt man sich einfach nicht aus«. Schröder wies darauf hin, dass ein künftiger SPD-Kanzlerkandidat über ökonomische Kenntnisse verfügen müsse. Gefragt, ob Andrea Nahles derlei Kompetenzen besitze, antwortete Schröder: »Ich glaube, das würde nicht mal sie selbst von sich behaupten.«¹³

Auch in der Bevölkerung stand Nahles nicht gut da. Nach der Kür der neuen CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) hat das Meinungsforschungs-Institut Forsa im Dezember 2018 die Wahlchancen von AKK in einer hypothetischen Kanzlerdirektwahl gegen verschiedene SPD-Granden abgefragt. Ergebnis: In einem Duell erhielt Kramp-Karrenbauer 48 Prozent, Andrea Nahles hingegen gerade einmal 12 Prozent der Wählerstimmen. Ihre Vorgänger Martin Schulz (16 Prozent) und Sigmar Gabriel (21 Prozent) waren etwas beliebter. Nahles' Vize und Bundesfinanzminister Olaf Scholz holte im Vergleich mit Kramp-Karrenbauer 20 Prozent.¹⁴ Mitte April 2019 trauten Annegret Kramp-Karrenbauer laut Forsa-Umfrage noch 28 Prozent der Befragten das Kanzleramt zu, Andrea Nahles aber bloß ganze 9 Prozent.¹⁵

Olaf Scholz ist in der Parteiführung derzeit so etwas wie die graue Eminenz. Im Bundeskabinett Vizekanzler und für das Universalressort der Finanz zuständig, gibt er sich gerne ausgleichend und darum bemüht, Ruhe und Zuversicht auszustrahlen. »Cool down heißt meine These.«¹⁶ Er ließ stets eine Nähe zu Andrea Nahles erkennen; als sie zurücktrat, betonte er, mit ihr befreundet zu sein und sie in den Tagen vor ihrem Rückzug beraten zu haben.¹⁷ Bei *Anne Will* nannte er die innerparteiliche Kritik an Nahles frauenfeindlich.¹⁸ Gleichwohl hat er sich auch selber als Kanzlerkandidat ins Gespräch gebracht. Schon Anfang 2019 erklärte er gegenüber der Bild am Sonntag: »Die SPD will den nächsten Kanzler stellen.« Gefragt, ob er sich das Amt persönlich zutrauen würde, antwortete er: »Ja. Frau Kramp-Karrenbauer hat gerade gesagt, dass von einer Parteivorsitzenden erwartet wird, dass sie sich das Amt zutraut. Für einen Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland gilt das Gleiche.«¹⁹

Nach dem verheerenden Ergebnis bei der Europawahl 2019 bekräftigte Scholz den sozialdemokratischen Anspruch aufs Kanzleramt. Den erstaunten Redakteuren des *Stern* verkündete Scholz im Interview, dass die Chance, zur stärksten Partei zu werden, bei der

kommenden Bundestagswahl deutlich größer sei als in den Jahren zuvor. Denn zum ersten Mal seit 1949 würde es einen Wettbewerb um das Kanzleramt geben, bei dem keine der Parteien über den Kanzlerbonus verfüge und einen Amtsinhaber ins Rennen schicke. Das Argument ist pfiffig, es offenbart zugleich allerdings die Hilflosigkeit der SPD. Wenn schon die Sozialdemokraten keine starken Gründe lieferten, sie zu wählen, so der Kern von Scholz' Überlegung, dann könnten sie eventuell von der Schwäche der Union profitieren. So klangen denn seine Worte eher nach Durchhalteparole denn nach Überzeugung: »Wenn wir es gut machen, haben wir also eine Chance. Wir dürfen uns nicht kleiner machen, als wir sind.«²⁰

Zweifellos zählt der 61-jährige Scholz in der gegenwärtigen Führungsriege der SPD zu den politischen Schwergewichten, aber das liegt auch an einem Mangel an Spitzengenossen, die ähnlich viel politische Erfahrung haben sammeln können. Scholz war Innensekretär in Hamburg, Generalsekretär der Partei, Bundesminister für Arbeit und Soziales sowie Erster Bürgermeister Hamburgs. Zwei Monate lang führte er die SPD kommissarisch nach dem Rücktritt von Martin Schulz, ehe Andrea Nahles das Amt übernahm. Die Fähigkeiten eines Volkstribuns und die Begabung, Menschen mitzureißen, würde nicht einmal er selbst sich nachsagen wollen. Entsprechend eilig versicherte er nach dem Rücktritt von Nahles, dass er keine Ambitionen für den Parteivorsitz hege, weil das Amt des Bundesfinanzministers zu arbeitsintensiv sei. Tatsächlich weiß Scholz natürlich, dass er zu farblos und zu wenig charismatisch ist, um seine Partei aus ihrem Abgrund herauszuholen. Der gelernte Jurist ist vermutlich ein hervorragender und sachkundiger Rechtsanwalt, seit vielen Jahren Partner in einer Hamburger Kanzlei, und politisch ein solider Pragmatiker, der nie mit konturierten Positionen von sich reden machte. 1975 trat er in die SPD ein, von 1982 bis 1988 war er stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos und erklärter Kritiker des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Damals trug er noch eine wallende Lockenmähne. Später, so sagt er in der Rück-

schau, »habe ich viele meiner Positionen überdacht. Ich habe mich entgiftet, die Praxis wurde für mich wichtiger als die Rituale einer politischen Organisation«. Er zehre bis heute von seiner linken Vergangenheit, »dass wir uns damals unglaublich intensiv mit Wirtschaftstheorien auseinandergesetzt haben, rechten wie linken«, sei für ihn noch immer hilfreich. »Aber das, was ich damals geglaubt habe, halte ich heute überwiegend für falsch.«²¹ Darüber, wofür er allerdings heute steht, ist kaum etwas zu erfahren. Feminismus sei wichtig, auch die Lösung ökologischer Probleme, ohne sie sei moderne Politik nicht denkbar. Die SPD sei die einzige Partei, die von jeher dafür stehe, dass es um jeden in der Gesellschaft gehe, ein historisches Glück sei das für unser Land. Sie sei eine soziale Partei, die eine bessere Zukunft durch demokratische Politik für möglich hielte, ach ja, und sie träte ohne Ressentiments auf. Ein Worthülsen-gestolpere von einer Art, über die sich die satirische »Die Partei« lustig machte, als sie 2013 plakatierte: »Inhalte überwinden! Wählt Die Partei – sie ist sehr gut!«²² Auch Olaf Scholz verkörpert mit seinem unspektakulären Habitus die Tragik einer Sozialdemokratie, die ihren Glanz verloren hat und niemanden mehr zum Tanzen verführt.

Wer immer seit Herbst 2018 mit Sozialdemokraten sprach – stets war vom »Personalproblem« die Rede. Direkt aussprechen mochte aber keiner, dass die Genossen am liebsten ihre Vorsitzende auswechseln würden. Allzu tief saß der Schock darüber, wie die Partei mit Martin Schulz umgegangen ist. Am 19. März 2017 wurde Schulz auf einem außerordentlichen Bundesparteitag mit sagenhaften 100 Prozent der gültigen Stimmen zum Vorsitzenden gewählt, erlebte kurze Zeit einen Schulz-Hype als Heilsbringer, verstolperte als Kanzlerkandidat dann den Bundestagswahlkampf und holte für die SPD mit 20,5 Prozent das miserabelste Ergebnis ihrer Nachkriegsgeschichte. Am 7. Dezember 2017 wurde er als Parteichef mit 81,9 Prozent wiedergewählt, dem fünftschlechtesten Ergebnis seit 1946. Nur zwei Monate später war Schulz nicht mehr zu halten. Nach der Bundestagswahl 2017 hatte er noch vollmundig ausgeschlossen, in

ein Kabinett Merkel einzutreten, in der neuen Großen Koalition wollte er auf einmal doch Außenminister und Vizekanzler werden. Schulz geriet in Erklärungsnot und trat am 13. Februar 2018 als Parteivorsitzender zurück.

Allzu heftig war das Nachbeben davon in der Partei zu spüren und zu groß war die Sorge, ein solches Desaster könnte sich mit Andrea Nahles wiederholen. Kaum eine Partei hat so viele Vorsitzende in so kurzer Zeit verschlissen. Während Angela Merkel von 2000 bis 2018 die CDU führte, gaben sich inklusive der kommissarischen Amtsinhaber neun SPD-Vorsitzende die Klinke in die Hand. Rein rechnerisch sogar zehn, denn drei Nachfolger später trat Franz Müntefering ein zweites Mal an.

Keine drei Monate nach Aschermittwoch und eine Woche nach der Europawahl 2019 mit dem Rekordtief-Ergebnis von 15,8 Prozent war Andrea Nahles dann doch nicht mehr zu halten. Auf der Kommandobrücke im Willy-Brandt-Haus brennt eine Notbeleuchtung: Die Ministerpräsidentinnen Malu Dreyer (Rheinland-Pfalz), Manuela Schwesig (Mecklenburg-Vorpommern) und der hessische Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel teilen sich den Bundesvorsitz für eine Übergangszeit bis zum nächsten Parteitag. Alle drei haben sofort versichert, sich nicht als künftiger Bundesvorsitzender bewerben zu wollen. Die deutsche Sozialdemokratie bleibt eine Partei mit Personalproblem.

Vom Elend der Sozialdemokratie

Selbstverständlich hatte Andrea Nahles das Elend der Sozialdemokratie weder erfunden noch hatte sie eine Chance, es zu beseitigen. Sie verkörperte es nur auf eine bestürzende Weise. Das Elend der Sozialdemokratie ist älter und schon beinahe sprichwörtlich. Im Dezember 1987 veröffentlichte der große liberale Soziologe Ralf Dahrendorf in der Monatszeitschrift *Merkur* einen vielbeachteten Essay

unter diesem Titel.²³ Schon in den achtziger Jahren, so Dahrendorf, hatten die Sozialdemokraten ihre beste Zeit hinter sich.

Die große Zeit, das war ab 1969, als die Sozialdemokraten auf den Wogen des Zeitgeistes der Achtundsechziger über »die Schwelle der 40 Prozent« gespült wurden. »Endgültig, wie sie glaubten«, schreibt Dahrendorf. Himmel, waren das Wahlergebnisse! 1969 holte die SPD 42,7 Prozent, 1972 sogar 45,8 Prozent. Der Kanzlerkandidat Willy Brandt verhiß den Nachkriegsdeutschen eine Art Hafterleichterung im Schuldturn des Nazi-Traumas. Brandt, der vor Hitler nach Norwegen geflohene Emigrant, kniete 1970 für alle Deutschen am Ehrenmal des Warschauer Ghettos nieder und wurde zur Ikone eines besseren Deutschland. »Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun«, kündigte er in seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 an.²⁴ Wer kann sich heute noch vorstellen, welche Zauberkraft in diesen Worten lag?

Auf Brandt folgte 1974 Helmut Schmidt, der als Macher galt, als Technokrat. Schon sackte die SPD bei den Wahlen 1976 auf 42,6 Prozent. Den früheren Oberleutnant der Wehrmacht umflorte nicht die Aura, stets auf der richtigen Seite gestanden zu haben. Seine »innere Gegnerschaft« zum Nationalsozialismus während des Dritten Reichs musste er bis an sein Lebensende immer wieder erklären. Bei der Bundestagswahl 1980, im Duell gegen den Unionskandidaten Franz Josef Strauß, gelangen ihm noch einmal 42,9 Prozent der Wählerstimmen.

Danach musste sich die SPD bei Bundestagswahlen unter 40 Prozent einrichten. 1998 konnte die Partei die Marke mit dem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder (40,9 Prozent) knapp überschreiten, danach fielen die Werte unter 30 Prozent und schließlich unter 20 Prozent.

Dahrendorf bewies 1987 also eine robuste Intuition, als er schrieb: »Etwas ist jedenfalls zu Ende gegangen.« Aber was war zu Ende gegangen? Wir erlebten »das Ende des sozialdemokratischen Jahrhun-

derts«²⁵, behauptete der Sozialforscher. Damit meinte er nicht, »dass Sozialdemokraten ein Jahrhundert lang regiert hätten«. Vielmehr seien sie ein Jahrhundert lang die vorwärtstreibenden politischen Kräfte gewesen. Sie hätten den Totalitarismen getrotzt und die gesellschaftlichen Entwicklungen vorangebracht. »Bis sie am Ende«, so Dahrendorf, »zur natürlichen Regierungspartei wurden und prompt ihre Kraft verloren. Das Jahrhundert war in seinem Antrieb und in seinen besten Möglichkeiten sozialdemokratisch. Als es dem Ziel nahe kam, war es folgerichtig mit der Kraft der Sozialdemokraten vorbei.«²⁶ Die Sozialdemokraten waren in ihrer historischen Mission zu erfolgreich, um zu überleben. Sie hatten den Kapitalismus gezähmt, den Wohlfahrtsstaat eingerichtet und den Unterschichten durch Bildungsreformen den sozialen Aufstieg ermöglicht.

Mehr noch: »Weit über die Grenzen sozialdemokratischer Parteien hinaus bildete sich ein sozialdemokratischer Konsensus, der vor allem den Erfolg dieser politischen Kraft markiert«, schreibt Dahrendorf. »In den fünfziger und sechziger Jahren übernahmen andere Parteien die hier sozialdemokratisch genannte Haltung. Sie wurde zur Haltung der Mehrheit.« Dahrendorf spricht von einer »Sozialdemokratisierung der bürgerlichen Parteien«. Sogar der konservative Winston Churchill mahnte »1951, als die britischen Tories wieder an die Macht kamen«, seine Partei, »man dürfe jetzt nicht versuchen, alles rückgängig zu machen, was die Labour-Regierung nach dem Krieg getan hatte, sondern müsse dem Sozialismus seinen Lauf lassen«. So sehr war das Sozialdemokratische damals bereits ins Lebensgefühl der Gesellschaft eingedrungen. Dieses Lebensgefühl beschreibt Dahrendorf als »eine von Grund auf anständige Haltung, die immer neu auf Veränderung drängt, weil es stets Gruppen gibt, deren soziale Stellung sie im Dunkeln hält, während doch alle das Licht des Tages genießen sollen und wollen«. Sozialdemokratisch sein ist nach Dahrendorf »eine politische Haltung, die die entschiedene Verteidigung von Rechtsstaat und Demokratie mit dem ausgeprägten Sinn für die Benachteilig-